**Stand 13.09.2012**

**Rede Herr Prof. Dr. Otto Wulff**

**auf der 14. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union der CDU in Recklinghausen**

Heute haben wir uns versammelt zur 14. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union. 24 Jahre liegen bereits hinter uns, seit die Senioren-Union bundesweit ins Leben gerufen wurde. Schon damals dämmerte es einigen klügeren Zeitgenossen, dass tiefgreifende gesellschaftliche wie wirtschaftliche Wandlungsprozesse spürbar wurden. Im Gegensatz zu vielen Dreimalklugen hatten sie die demographische Entwicklung als eine der größten Herausforderungen der kommenden Jahre vorausgesehen. Der landesweit herrschende Jugendwahn, der bedauerlicherweise auch von Älteren ohne großen Widerspruch akzeptiert und als vorgegeben hingenommen wurde, konnte auf die Dauer den Problemen einer immer älter werdenden Gesellschaft nicht mehr gerecht werden, sie eher noch verschlimmern. Die Generation, die die fürchterlichen Kriegs- und Nachkriegsjahre erlebt, überlebt und durchgestanden und unser Land mit einem beispiellosen und nicht vorhersehbaren Erfolg wieder zu Wohlstand und in den Kreis der westlichen Demokratie- und Wertegesellschaft zurückgeführt hatte, schien kaum noch Bedeutung zu haben. In einer Welt, die nur mit jugendlicher Dynamik beherrschbar schien, war die Lebens- und Berufserfahrung der Älteren überflüssig und nicht mehr gefragt. Häufig wurden sie sogar als eine von antiquierten Tugenden geleitete Gruppe lästiger Besserwisser abgetan, die der Moderne nicht mehr gewachsen waren. Es galt als absurde Vorstellung, sich des Rates der Älteren zu bedienen, die schon wegen angeblicher Rückwärtsgewandheit die Zukunft ohnehin nicht realistisch überblicken konnten.

Das sollte sich jedoch ändern. Die Seniorinnen und Senioren rafften sich auf und zeigten Flagge. Einerseits erfuhren die Älteren, dass ihre Zahl mit den Jahren stetig anstieg und damit ihre Bedeutung bei künftigen Wahlentscheidungen wachsen würde. Andererseits wurde ihnen durch diesen Umstand aber auch bewusst, dass sie in Zukunft die Gesellschaft immer stärker mitgestalten würden und dabei Verantwortung übernehmen mussten. Jugendkult allein war für die Senioren keine Grundlage und Voraussetzung mehr für politische Gestaltungsmöglichkeiten. Sie zeigten Selbstbewusstsein und lebten vor, dass Alter keine negative Abweichung von Jugend ist und von Leistungsfähigkeit schon gar nicht, sondern zu einem eigenständigen Lebensabschnitt gehört mit eigenständigen Bedürfnissen, Fähigkeiten, Gedanken und Vorstellungen, vor allem aber mit eigenständigem und selbstbewussten politischem Gestaltungswillen. Das war die Stunde der Senioren-Union. Ihre Gründung wurde zu einem öffentlichen Bekenntnis der Älteren zur eigenen Verantwortung für die Gesellschaft insgesamt, nicht zuletzt aber auch für sich selbst.

Nun wird allenthalben gern debattiert, dass der demographische Wandel zwar Gefahren berge, doch erheblich mehr Chancen. Ich stimme dem zu. Doch die Aussage, die ich kürzlich von einer maßgebenden Persönlichkeit unserer Partei gelesen habe, „Demographie ist Tatsache, aber kein unabwendbares Schicksal“, reichte mir allein nicht aus. Sie ist mir zu trivial und verdrängt nur die Probleme ins optimistisch Ungewisse, löst sie aber nicht. Wir müssen schon tiefer pflügen und präziser denken, um den Menschen die Augen und die Chancen der demographischen Entwicklung zu öffnen und die Voraussetzungen für einen fließenden Wechsel in die neue Zeit zu schaffen, und wenn möglich, reibungslos und behutsam. Gelingt das, werden manche Zukunftssorgen von heute keine Realität werden. Andererseits müssen wir konstatieren, dass die Zukunft der Gesellschaft nicht allein in der Verjüngung liegt und auch nicht liegen kann, sondern nur im Zusammengehen von Jung und Alt. Deshalb müssen wir als Volkspartei CDU alles daransetzen, dass sich keine Parteien bilden, deren Interessen sich einzig und allein auf bestimmte Altersgruppen richten. Das wäre das Ende der Volksparteien und böte Anlass zu größter Sorge um den Zusammenhalt der Generationen. Sicherheit in der Gesellschaft erreichen wir nicht in einer Sicherheit voreinander, sondern nur in der Sicherheit miteinander. So bleiben wir alle stark und jeder kann zur Sicherheit der Gesellschaft seinen Teil beitragen. Doch welche Chancen hat unsere Gesellschaft? Mehr denn je müssen wir uns Gedanken über die Beschäftigungsmöglichkeiten der Älteren machen. Wie muss das Rentenalter bemessen sein, und wie können und sollen sich weitere Beschäftigungsmöglichkeiten entwickeln, die nach dem heute geltenden Rentenalter angestrebt werden? Wie sieht es mit altersgerechten Wohnungen aus, wie mit einer Infrastruktur, zumal in ländlichen Gebieten, wo die meisten Älteren wohl in Zukunft leben werden? Welche sozialen Sicherungssysteme werden wir finanzieren können, ohne dass die Älteren in die Altersarmut geraten oder die Jüngeren durch Überforderung die ihnen obliegenden Lasten nicht mehr tragen können? Neben der Rentenkasse muss der absehbare steigende Pflegebedarf organisiert werden und bezahlbar bleiben, wie auch die Beiträge für die Krankenkassen bezahlbar bleiben müssen und ein jeder die beste und notwendige gesundheitliche Versorgung einfordern kann, und zwar unabhängig von seiner sozialen Situation. Und welche Voraussetzungen müssen geschaffen werden, wenn zu deren Lösung junge Kräfte fehlen, die nur durch Zuzug in unser Land ergänzt werden können? Zu welchen innenpolitischen Folgen kann das führen? Wäre es nicht wünschenswert, solche Fragen einmal völlig voraussetzungslos zu diskutieren und alle Parteiprogramme in der Schublade zu lassen und sich allein nach der persönlichen Verantwortung zu richten. Die Gründer unserer Republik hatten damit Erfolg. Eine Voraussetzung kann hingegen in der Debatte nicht verdrängt werden: Wenn Kinder und ihr gedeihliches Aufwachsen von der Mehrheit der Gesellschaft nur als Aufgabe der Eltern, nicht aber auch als Aufgabe der Allgemeinheit betrachtet wird, werden wir die Aufgaben der Zukunft nicht lösen.

Wir werden Erfolg haben, wenn sich die Dynamik der Jugend mit dem Erfahrungswissen und der Zuverlässigkeit der Älteren verbindet. Dabei sind Kinder die einzige unkündbare Beziehung zwischen den Menschen. Alt und Jung bilden die unabdingbaren Voraussetzungen für die Stabilität und die Qualität der Gesellschaft von morgen. Doch Kinder, junge Menschen, bleiben eine unverzichtbare Säule unseres Systems, sie sind die andere Seite unserer gemeinsamen Medaille von Alt und Jung.

Es wird aber auch allerhöchste Zeit, dass wir nicht nur Erwerbsfähigkeit und Produktivität eines Menschen in den Mittelpunkt stellen und allein danach seinen Wert bestimmen. Unser Wohlstand und sein Wert gründen nicht minder auf dem enormen Beitrag der unentgeltlichen Leistungen der Älteren im Ehrenamt und bei der Weitergabe von Wissen und Erkenntnissen, die die Fähigkeiten und Erfolgschancen jüngerer Menschen erst ermöglichen und nachhaltig erhöhen.

Und schließlich lassen sich mich als jemand vom Lande, der seine Kindheit und Jugend in einer kleinbäuerlich und handwerklich geprägten Umgebung verbracht hat, folgendes feststellen: Früher wurden in meiner Heimat die Erfahrungen und Erlebnisse in der Regel von den Großeltern an die Enkel weitergegeben. Wie viel Wissen, wie viel Erfahrung, wie viel Hilfe, Obacht, Zuspruch und auch Trost gehen heute infolge veränderter Familienstrukturen den Jüngeren verloren. Wenn dieser wechselseitige Austausch gänzlich abhandenkommt, dann werden wir alle, alle ohne Ausnahme, ärmer werden. Meine Freundinnen und Freunden, wir brauchen wieder mehr Gemeinsamkeit zwischen den Generationen. Sie zu beleben, sie überall in der Gesellschaft wieder bewusst zu machen, das ist unsere vordringliche Aufgabe. Und mit dieser Politik der Vermenschlichung werden wir auch Wahlen gewinnen. Packen wir’s endlich an!

Die Senioren-Union wird die Stärkung und Unterstützung von Ehe und Familie als zentrale Aufgabe ihrer Politik betrachten. Dröhnende Protagonisten des Zeitgeistes und ihre Anpasser bezeichnen Ehe und Familie bereits als überkommen und unzeitgemäß. Die Ehe sei bunter und unverbindlicher geworden und nicht mehr die Keimzelle der Gesellschaft. Darauf möchte ich unzweideutig feststellen: Das Grundgesetz stellt die Ehe nicht allein deshalb unter den Schutz des Staates, weil sie im Kern die Weitergabe des Lebens vollzieht. Die Ehe ist mehr, viel mehr. Sie verdient den besonderen Schutz des Staates, weil sie ein Bekenntnis der Partner ist zur unumkehrbaren Unterstützung bei Krankheit, Pflege und Armut. Und sie ist ein Bekenntnis zur gemeinsamen Verantwortung für die Kinder. Solche Vorgaben werden von den Sprüchemachern des Zeitgeistes als eine Selbstverständlichkeit unterstellt, ohne dass sie sich selbst einer solchen Verantwortung stellen und Pflichten übernehmen wollen. Die Ehe stabilisiert die Gesellschaft und entlastet die Sozialsysteme. Die Familie gibt im Übrigen ihren Angehörigen den notwendigen Schutzraum des Vertrauens auf Hilfe in jeder Notlage. Warum nur wollten Nazis und Kommunisten den Wert von Ehe und Familie aushöhlen? Weil die Familie ein Hort der Freiheit, der Eigenverantwortung und Wertvermittlung war! Letztlich haben sie keinen Erfolg gehabt. Auch Nachfolgern, in welchem ideologischen Gewandt auch immer, darf es nicht gelingen, den Schutzschild der Familie, ihre freiheitliche Selbstbestimmung, zu zerschlagen oder auch nur einzuschränken. Wir wollen nicht den neuen Menschen eingedenk dessen, was Diktaturen oder selbsternannte Politerlöser aus ihm machen wollten. Und das ist auch ein wesentlicher Grund dafür, warum sich die Senioren-Union beispielsweise einer Aufhebung des Ehegattensplittings mit allen Mitteln widersetzt, weil sie den Schutz für die Familie vermindern würde. Wir wollen nicht weniger, wir wollen mehr Schutz für die Familien.

Die Gesellschaft von Alt und Jung braucht ein festes Fundament unumstößlicher Werte und humaner Traditionen. Viele Menschen haben Angst vor dem Alter und machen es leider nur zu häufig zu einer verleugneten Lebensphase. Vorbeugend gewissermaßen, entwickeln sie sogenannte Anti-Aging-Programme, die sie in den Augen der Jüngeren gewiss nicht als ernst zu nehmende Erwachsene erscheinen lassen. Doch ein solches Verhalten ist noch verkraftbar und auch nicht sonderlich schlimm. Schlimm wird es erst, wenn mit der Verleugnung dieser Lebensphase auch der Wert des Alters verleugnet wird. Wenn das geschieht, dann bemisst sich der Wert des alten Menschen allein nach seiner Effizienz und seine Produktivität, und damit vergreift man sich an der Würde des Menschen und an der Ebenbildlichkeit Gottes. Solches Verhalten stößt auf den unbezwingbaren Widerstand und die Gegenwehr der Senioren-Union. Wir sind nicht politisch unmündig, wir sind nicht träge und nicht einfallslos, und wir sind auch nicht ohnmächtig. Diesen Kampf werden wir gewinnen, und zwar mit Bravour.

Die steigende Zahl unserer Altersgenossen ermuntert uns zweifelsohne zu der Annahme, dass wir Politik erfolgreich umsetzen können und in der Politik gebraucht werden. Unser Einfluss wächst zunehmend und ist jährlich ablesbar. Er dient aber nicht dazu, wie bereits gesagt, um nur die Älteren zu vertreten, sondern um unser Wissen, unsere Erfahrungen auf allen Gebieten einzubringen, wie es eben auch die Jüngeren tun. Wir wollen weder eine Altenpolitik, noch wollen wir eine Altenrepublik. Als gleichberechtigte Partner wollen wir mit den Jungen gemeinsam Politik gestalten, wohlgemerkt weder allein für die Alten noch für die Jungen, sondern für alle in unserer Gesellschaft. Und wir wollen auch nicht nur eine betreute Generation sein. Wir wollen vielmehr mitbestimmen und teilhaben an der politischen Macht. Doch Macht wozu? Darauf müssen wir eine Antwort geben. Ich wiederhole: Politik allein für die Alten ist unsere Sache nicht! Das wäre reine Interessenvertretung, die zwar in unserer Gesellschaft legitim ist, weil jeder sich behaupten muss und dafür gemeinsam getragene Interessenvertretungen braucht. Aber mit einer Werteorientierung unter dem C in unserem Namen hätte das nichts zu tun. Werteorientierung richtet sich streng genommen auch gegen eigene Partikularinteressen. Auch die Jungen haben Rechte, die es zu achten und zu stärken gilt. Deshalb unser Aufruf zu mehr Gemeinsamkeit zwischen Jung und Alt. Sie ist das Gütesiegel der Partei der Generationen, das Markenzeichen der Union. Die gute Beziehung zwischen Jung und Alt ist die beste Versicherung für die Zukunft. Nicht Argwohn, sondern Vertrauen ist die Brücke zwischen den Generationen.

Mit Werteorientierung, und zwar für alle, hat es zu tun, wenn wir, um ein Beispiel zu nennen, es auf Dauer kritiklos nicht hinnehmen wollen, dass jährlich weit mehr als 130.000 Kinder in unserem Land einzig und allein deshalb unwillkommen sind, weil ihre Eltern sie als unerwünscht betrachten und auch die Gesellschaft, d. h. wir alle, uns nicht stärker und intensiver im Interesse des ungeborenen Lebens um die zuwendungsbedürftigen und bedrängten Frauen und deren häufig sehr tragische Situation bemühen, wobei ich bemerken möchte, dass nicht einmal 3 Prozent der Abtreibungen aus medizinischen Gründen vorgenommen werden und häufig genug, das sage ich auch, nicht die Not die Entscheidung beeinflusst, sondern der Wohlstand. Ich will keine neuen Wunden aufreißen, nein, das will ich nicht. Aber nachdenken sollten wir schon einmal bei unserer Geburtenrate, eine der niedrigsten in der Welt, dass je 30 Kinder in über 4.000 Schulklassen nicht erzogen, nicht unterrichtet werden und unser Land und die Welt nicht erneuern können, weil ihnen die Chance verwehrt wurde, die schöne Erde zu betreten, sie zu erhalten und sie schätzen zu lernen und ihr Frieden zu geben.

Aber ebenso wenig werden wir es als Senioren-Union zulassen, dass in Folge der sogenannten Sterbehilfe, die Alten aus der Welt, in die sie hineingeboren wurden, durch Menschen wieder abgeschoben werden. Wir haben erfahren, wohin es führt, wenn pervertierter Rassen- und Nützlichkeitswahn die Geschicke der Gesellschaft bestimmen und am Ende, wie schon einmal, die Euthanasie Pate steht. Unsere Devise lautet: Wehret den Anfängen, und zwar ohne wenn und aber!

Eine Umkehr des Denkens zur Stärkung einer inneren Ordnung werden wir nur erreichen, wenn Kinder wieder überall als Glück und Geschenk betrachtet werden und einen zentralen Sinn unseres Lebens ausmachen. Wenn eine Mutter mit drei Kindern an der Hand insgeheim als Sozialfall empfunden wird, über zwei Million Kinder in armen und bedürftigen Verhältnissen aufwachsen müssen und ihnen damit jede Chance auf Bildung und Ausbildung genommen wird, sie später sogar zum Sozialfall machen, dann ist eine Gesellschaft trotz ihres allgemeinen Wohlstandes krank und hat wenig Zukunft. Deshalb wollen wir unsere Zuwendung und Unterstützung im besonderen Maße der Familie, vornehmlich der Familie mit Kindern widmen und den Alleinerziehenden mit Kindern nicht minder. Wir wollen den Frauen die Mutterrolle erleichtern und den außer Haus berufstätigen Frauen, die aus unserer Gesellschaft nicht mehr wegzudenken sind und deren Arbeit für die Stabilität unseres Landes unverzichtbar ist, helfen, Beruf und Erziehung der Kinder in Einklang zu bringen. Aber aus Gründen der Gerechtigkeit darf jenen Frauen auch keine Hilfe vorenthalten werden, die ausschließlich in der Familie ihrem Wunsch auf Kindererziehung nachgehen wollen. Bei alledem sollten wir aber bedenken, dass der Wunsch nach Kindern und die Liebe zu ihnen nicht allein durch finanzielle Zuwendungen gefördert werden kann. Daran haben wir zu lange geglaubt. Wir müssen unsere Einstellung ändern. Was nützen die besten Kinderspielplätze, wenn die Menschen statt mit Kindern an der Hand mit Hunden an der Leine daran vorbeigehen und es an Großeltern fehlt, weil es keine Enkel gibt, mit denen sie die Spielplätze besuchen sollen. Möglicherweise werden sich an den Spielplätzen nur noch Ältere treffen, die nach Kindern Ausschau halten. Welche Vorstellung!

Letztlich bleibt das Gefühl eines erfüllten Lebens für den Kinderwunsch entscheidend. Haben doch einmal diejenigen den Mut, über ihr Glück zu sprechen, die im Alter Kinder an ihrer Seite haben. Doch unerwähnt lassen möchte ich in diesem Zusammenhang auch nicht, dass insbesondere den Menschen unser besonderes Mitgefühl gilt, denen der Kinderwunsch unerfüllt blieb und die unter dieser Tragik sehr zu leiden haben. Sie vor unberechtigten Vorwürfen zu schützen, hat auch mit Anstand und Moral zu tun.

Die Gesellschaft ist verunsichert über die umgreifende Komplexität der Politik, jedenfalls soweit sie die globalen, mehr noch die aktuellen europäischen Probleme betrifft. Die Menschen verstehen nicht mehr, worüber man spricht. Vielen fehlt der gewünschte Durchblick, und sie verlangen von der Politik Antworten, die sie verstehen. Doch Antworten kann nur ein Politiker geben, der selbst durchblickt und dem man zutraut, sich um die Lösung der Probleme nach bestem Wissen zu bemühen. Kenntnisse und Leistung resultieren nicht aus öffentlichen Fernsehauftritten in der Pose von Hobbyköchen bei Tim Mälzer und Johann Lafer. Lösungen der Eurokrise können nur ungenau beim Durchnudeln von Speisen den Wähler erreichen. Wenn man schon kochen will, so meine ich, soll man es zuhause tun und in der Familie helfen als Teil einer beispielhaften Familienpolitik. Ansonsten will man sich nur als Entertainer durch Unterhaltung zu einem Bekanntheitsgrad verhelfen, den ich politisch für bedenklich halte. Natürlich weiß ich auch, dass sich Lösungen nicht über Nacht aus dem Hut ziehen lassen, und einen vorgezeichneten Königsweg kennt auch kaum jemand. Doch die CDU als die ausgewiesene Europapartei ist gerade auf diesem Feld gefordert. Sie war es, die an vorderster Stelle stand, als in der Nachkriegsgeschichte mit unseren Nachbarn die neue europäische Struktur, so wie wir sie heute politisch vorfinden, geschaffen und mit Leben erfüllt wurde. Wir alle in der Union können uns nun nicht so einfach aus der Verantwortung verabschieden, wenn es gilt, Gefahren zu bannen, die die Existenz des vereinten Europas bedrohen, das wir geschaffen haben. Wir haben nicht die Wahl zwischen weniger oder mehr Europa. Unser Land kann seine Position und seinen Wohlstand nur mit mehr Europa bewahren. Haben die Kritiker der CDU einmal darüber nachgedacht, dass wir, allein mit unserer deutschen Bevölkerung gegenwärtig gerade noch ein Prozent der Weltbevölkerung stellen. 1900 lebten 25 % der Weltbevölkerung in Europa. Heute sind es nicht einmal mehr als 7 %, und in 30 Jahren werden es maximal 4 % sein, für Deutschland nur noch einige wenige Promille. Welche Rolle wollen wir wirtschaftlich dann noch in der Welt spielen? Ist den Kritikern der CDU ebenfalls bekannt, dass Deutschland gegenwärtig weit mehr nach Frankreich als in die USA exportiert, mehr nach Spanien als nach Russland, nach Italien ebenso viel wie nach China und nach Indien, Brasilien und Südafrika zusammen. Von allen europäischen Staaten ist Deutschland das Land, das am meisten von Europa profitiert. Schon im eigenen Interesse müssen wir alles daran setzen, den Euro zu stabilisieren. Als Europapartei stehen wir in der Pflicht. Erfüllen wir sie nicht zuletzt mit Blick auf die Jahre, als unser Land in Trümmern lag und uns der Weg nach Europa wieder eine Zukunft gegeben hat. Haben wir vergessen, wohin Nationalismus und nationale Überschätzung geführt haben!

Gewiss, die Griechen und auch andere Europäer lösen ihre Probleme nicht damit, dass sie sich in Deutschland verbeißen. Eher schaffen sie Irritationen, die wenig hilfreich sind und manchen guten Willen zerstören. Vielmehr müssen wir alle, wirklich alle, im eigenen Interesse damit beginnen, eine einheitliche Wirtschafts- und Finanzpolitik, vor allem aber eine Haushaltspolitik zu gestalten, die kontrollierbar ist und bei Fehlverhalten entsprechende und rechtzeitige Sanktionen auslöst. Eine weitere Überschuldung wäre ein fataler Schritt in die europäische Zukunft. Keine Generation auf der Welt kann es sich erlauben, alle Bäume abzuholzen und der nachrückenden Generation kein Brennholz mehr übrig zu lassen.

Doch das trostlose Bild, das Europa heute vermittelt, wird im Übrigen den realen Gegebenheiten in keiner Weise gerecht. Europa hat die gesündeste und bestausgebildetste Bevölkerung in der Welt, den größten Wirtschaftsraum und auf Grund seines Bekenntnisses zu den Menschenrechten einen enormen Fundus an persönlichen Entfaltungs- und Entwicklungsmöglichkeiten. Eine neue Disziplin und eine neue Moral müssen her, um unserer Verantwortung für die europäischen Völker gerecht zu werden. Nutzen wir die Chance, eine Rhetorik des Jammerns hilft nicht weiter, dagegen eine Solidarität in der Tat.

Wir in der Senioren-Union stehen zur sozialen Marktwirtschaft, als fester Anker einer gemeinsamen europäischen Wirtschaft. Indessen haben wir Deutsche zuvor noch eine ganze Menge an nationalen Schularbeiten zu machen. Ging es anfangs nach dem Krieg zunächst um „Wohlstand für alle“, so muss heute dieser Teil der sozialen Marktwirtschaft ergänzt werden durch „Chancengleichheit und Bildung für alle“. Die Menschen haben unterschiedliche Fähigkeiten und Talente, die bei jedem individuell gefördert werden müssen, um auf der wirtschaftlichen Erfolgsleiter Sprosse und Sprosse emporsteigen zu können. Bildung und beruflicher Aufstieg dürfen nicht an sozialen Herkünften festgemacht werden. In der globalisierten Welt hängt es davon ab, wie individuelle Fähigkeiten gefördert werden, um Globalisierung nicht als Drohung zu empfinden, sondern als eine Herausforderung anzunehmen, die man meistern kann. Es käme einem nationalen Debakel gleich, einem Zusammenbruch unserer wirtschaftlichen und sozialen Systeme, würden wir angesichts der globalen Konkurrenz in der Bildungs- und Ausbildungspolitik versagen. Wer nicht in Bildung investiert, dem fehlen später die Beitragszahler, die Konsumenten, die jungen Geister, die mit ihren Ideen neue konkurrenzfähige Firmen gründen und führen. Wem in Zukunftsbranchen qualifizierte Nachrücker fehlen, wird verlieren. Wer ohne genügend Bildung den Schulabschluss verfehlt, wird in der Regel bei Hartz IV landen. Die Senioren-Union fordert deshalb zusätzliche Investitionen für Bildung und besonders und vor allem bei älteren Arbeitnehmern für deren Weiterbildung. Umso mehr Bildung und Weiterbildung, desto mehr Gleichberechtigung und Wohlstand für alle.

Und schließlich gehören zum Gebot der Chancengleichheit auch, dass alle das Alter diskriminierende Gesetze und Verordnungen verschwinden. Dass sie sogar verfassungswidrig sind, ist durch das von der Senioren-Union in Auftrag gegebene Verfassungsgutachten genügend belegt. Also fordert die Senioren-Union die Bundestagsfraktion der CDU/CSU auf, nicht erst ein Verfassungsurteil abzuwarten, sondern unsere Verfassung dahingehend zu ändern, dass das Alter generell keine Behinderung bei der Berufsausübung mehr sein darf. Wenn in Deutschland Nobelpreisträger spätestens mit 68 Jahren ihren Arbeitsplatz räumen müssen, an Universitäten in Amerika und Großbritannien aber weiter forschen und unterrichten können, dann fragt man sich doch nach dem Grad der Vernunft, mit der hierzulande Politik gegen Ältere gemacht wird. Wer kann verstehen, dass einem Mediziner, von Ausnahmen abgesehen, bei uns die Fähigkeit abgesprochen wird, mit 68 Jahren noch Kassenpatienten zu behandeln, er hingegen Privatpatienten weiterhin ohne Altersbeschränkung therapieren darf. Einen Schöffen spricht man mit 70 Jahren die Urteilsfähigkeit ab, wenn er die meisten Erfahrungen besitzt. Die höchsten Lordrichter in England haben praktisch erst ab dem 70. Lebensjahr die Chance, in eine solche Position zu gelangen. Unser Land muss sich endlich von den haltlosen und dummen Vorurteilen lösen, wonach Alter allgemein mit Inkompetenz und daher Unbrauchbarkeit zu tun hat. Viele Fehler und Unachtsamkeiten wären in Deutschland nicht geschehen, wenn in den Parlamenten mehr Ältere mit Berufs- und Lebenserfahrung die Entscheidungen beeinflusst hätten. Warum, so frage ich mich, fordern nicht alle diejenigen, die für eine Anhebung des Rentenalters eintreten, nicht auch gleichzeitig für Aufhebung der Altersdiskriminierung bei der Berufsausübung?

Jedermann weiß, hört oder liest es, dass heute schon mehr als 1 ½ Millionen Facharbeiter fehlen, die durch die nachrückenden geburtenschwachen Jahrgänge so ohne weiteres nicht zu ersetzen sind. In 10 bis 12 Jahren sollen es bereits mehr als 8 Millionen sein. Eine solche Entwicklung verlangt neue, der veränderten Gegenwart angepasste, Entscheidungen. Gestatten Sie mir, meine Freundinnen und Freunde, in diesem Zusammenhang eine sehr persönliche Bemerkung. Ich werde es wohl selbst nicht mehr erleben, aber ich bin sicher und gehe jede Wette ein, wenn ich Ihnen sage, dass am Ende der nächsten Bundestagswahlperiode, doch spätestens mit Beginn der darauffolgenden, wir im Bundestag eine eigenständige „Gruppe der älteren Abgeordneten“ haben werden, deren Markenzeichen „Solidarität“ heißen wird. Und ich bin ebenso sicher, dass dann auch eine Änderung des Artikel 3, Abs. 3 unserer Verfassung bevorsteht, wonach das Alter kein Diskriminierungsgrund mehr sein darf. Doch warum dann nicht schon heute!

Mit unserer Losung „Senioren – Rückgrat der Gesellschaft“ wollen wir nun Flagge zeigen. Bescheiden geblieben sind wir mit unserer Einschätzung nicht. Ob wir ihr entsprechen, können wir nun beweisen, und wir wollen und werden es beweisen. Vor allem wollen wir dabei unserer Überzeugung treu bleiben, uns nicht verbeugen oder verbiegen vor dem Zeitgeist, nicht feige verkriechen, sondern als Demokraten unsere Pflicht tun, nämlich sagen, was ist!

Wir alle, ob Alt oder Jung in der Union dürfen uns nicht einbilden, als träge Beobachter in bequemen Liegestühlen auf dem Balkon der Zeitgeschichte mit Erfolg Politik machen zu können. Ohne Präsenz und Einmischung vor Ort wird uns kaum etwas gelingen. Glaubt den wirklich jemand, man könne den Bürger allein aus Vorständen, Kommissionen oder allen möglichen Gremien mit öffentlichen Verlautbarungen und Kommentaren gewinnen. Eher wird durch sie der Abstand zwischen Wählern und Politikern vergrößert. Meldungen, oben aus dem 4. Stock eines Hauses mit schöner Aussicht, erreichen die im Keller kaum oder gar nicht, sie können sie nicht hören oder gehen über sie hinweg. Also einmal mehr herunter vom hohen Podium und von der Leiter, Augenhöhe mit dem Bürger einhalten, auf dieser Ebene mit ihm diskutieren, besser noch, ihm mehr zuhören, das ist unsere Devise in der Senioren-Union, das heißt Rückgrat zeigen, und so gewinnt man Wahlen. Die Erfolge der CDU, der erfolgreichsten Volkspartei der europäischen Nachkriegsgeschichte, sind das Ergebnis solcher Einsichten. Warum zeigen wir als Ältere, die an diesen Erfolgen wesentlich mitgewirkt haben, nicht eine größere Portion an Selbstbewusstsein, um unsere Partei nachhaltig zu stärken und für sie Vertrauen zurückzugewinnen, was verloren ging? Welche Argumente sprachen damals eigentlich dafür, die Senioren-Union zu gründen? Es galt, die Berufs- und Lebenserfahrung der älteren Generation einzufordern und sie an ihre Verantwortung zu erinnern, nicht zu früh den Löffel abzugeben, weil sie gebraucht wurde, heute mehr denn je. Die demographische Entwicklung zwingt uns Ältere dazu, nicht allein wegen der zunehmenden Quantität politisch lebendiger zu werden. Sagen wir, dass unsere Partei kein Warenhaus sein darf, dort wo alle bunten und gemischten Waren angeboten werden, und ebenso wenig ein Hort der Beliebigkeiten. Damit präsentiert man keine Weltoffenheit, sondern bedient den Zeitgeist. In der politischen Auseinandersetzung müssen die Fronten klar sein, die Wähler müssen wissen, mit wem sie es zu tun haben, welche Meinungen er vertritt und welche nicht. Wir müssen wieder mehr und offensiver angreifen und deutlicher formulieren, was die anderen falsch und wir richtig machen. Vor dabei aufkommenden Unwettern, die so manche angenehme politische Gemütlichkeit stören könnten, sollte sich niemand von uns fürchten, nicht vor der SPD, den Grünen und auch nicht vor der FDP und vor den Radikalen schon gar nicht.

Mit Blick auf die Wahlen im Jahr 2013 wollen wir einen neuen Aufbruch mit unserer Politik wagen, an dessen Anfang kein Zähneklappern zu hören ist. Modisches Jammern und „German Angst“ bieten keine guten Chancen für einen erfolgreichen Start. Kaum ein Land in Europa ist bislang so gut durch die Eurokrise gekommen wie Deutschland. Um die vergleichsweise guten Beschäftigungszahlen und unsere Sozialsysteme beneiden uns viele Länder. Doch das Ergebnis? An den Stränden südlicher Sonne ergießt sich der millionenfache Kummer deutscher Niedergeschlagenheit in die blauen Wellen des Mittelmeers, den die hart getroffenen Einheimischen nur mit Kopfschütteln und totalem Unverständnis zur Kenntnis nehmen. Kaum ist man aus dem Urlaub zurück, freut man sich, endlich wieder in geregelten Verhältnissen zuhause zu sein und das Jammern, wie gehabt, fortsetzen zu können.

Für eine gute Stimmung in Deutschland brauchen wir in der CDU weder Berufspessimisten noch Griesgrampropheten. Mit ihnen gewinnt man keine Wahlen. Welches Frühstück am Morgen wird nicht zur Qual mit einem Pessimisten und Nörgler am Tisch gegenüber, der einem bereits die schlechtesten Ergebnisse für den Tag aus dem Kaffeesatz herausliest. Schlechte Laune und Verzagtheit sind Ausdruck mangelnden Selbstvertrauens. Wir Senioren sollten mal mehr Lebensfreude zeigen, den Jüngeren würd’s helfen und uns nicht schaden, und Optimismus nützt allen. Natürlich steht unsere Vereinigung für Prävention im Gesundheitswesen, und so wird es auch bleiben, Bewegung und gesunde Ernährung gehören dazu. Doch die Lebensqualität wird auch für den „Vorbeugebürger“ nicht sonderlich gemindert, wenn er hin und wieder anstelle eines Glases lauwarmen Mineralwassers einen guten Wein oder ein frisch gezapftes Bier genießt oder statt Rohkost auch mal Saumagen bevorzugt. So etwas gehört auch zur Lebensqualität und macht unsere Forderung nach Prävention nicht unglaubwürdiger, mit Sicherheit aber weltoffener und weniger belehrend. Auf eines, meine Freundinnen und Freunde, wollen wir als unser Markenzeichen besonderen Wert legen: Natürlichkeit und Lebensfreude, gewiss keine schlechte Werbung für unsere Vereinigung und das Alter!

Und schließlich noch eine Bemerkung: Die ältere Generation, die den Schrecken von Krieg und Diktatur erleiden und erdulden musste, ist besonders sensibel für Fragen der ethischen und geistigen Standortbestimmung. Sie spielen in der Brückenfunktion zwischen Alt und Jung eine besondere Rolle.

Wir leben in einer Zeit großer Gefahren, aber ebenso großer Möglichkeiten für die Menschen und für die Welt, die uns zur Verantwortung zwingen. Für die Menschen ist die Macht über die Materie in den vergangenen Jahrzehnten in unvorstellbarem Maße gewachsen und wächst weiter, Macht also auch für Zerstörungen in gewaltigen Dimensionen, geistigen wie materiellen.

Menschen maßen sich sogar an, die Möglichkeit zu haben, Bausteine des Lebens zu entziffern, um sozusagen einen neuen Menschen zu montieren. Solch ein Mensch wäre dann nicht mehr ein Geschenk des Schöpfers, sondern Produkt des Menschen selbst, der es nach eigenen Bedürfnissen selektiert. Dieser Mensch ist dann nicht mehr der einer Gottebenbildlichkeit, die ihm die eigene Würde und seine Unantastbarkeit verleiht, sondern das Ergebnis menschlichen Experimentierens. Er ist ein Menschenbild, doch wessen Menschen?

Anwachsen unseres Könnens bedeutet nicht auch automatisches Wachstum unserer moralischen Potenz. Wird also die moralische Kraft im Verlauf des Fortschritts der Wissenschaft mit der Macht über die Materie mitwachsen? Das Missverhältnis zwischen technischem Können und moralischer Potenz ist meines Erachtens eine der großen Gefahren für die Zukunft. Zwar gibt es heute einen neuen Moralismus, doch der ist unbestimmt und in der Regel immer eine Forderung an andere und weniger an sich selbst. Am Ende bleiben große Worte und Werte, die jedem Missbrauch offenstehen.

Vielen ist der Kompass abhanden gekommen, einen von unantastbaren Werten bestimmten Weg einzuhalten. Wer für die Freiheit ist, muss auch bereit sein, die Freiheit zu verteidigen. Wenn uns als Europäer, als Mitglieder der CDU und der Senioren-Union eine christliche Überzeugung prägt, dann müssen wir auch bereit sein, sie zu verteidigen. Glaube niemand, dass unser Wohlstand und technischer Fortschritt allein helfen, Freiheit und christliche Traditionen zu bewahren. Wer so denkt, wird bald merken, dass nicht nur unsere Demokratie in Gefahr ist, sondern auch die Freiheit des Glaubens.

Christen müssen sich fragen, wie verhalten sie sich gegenüber den neuen Voraussetzungen einer Welt, die sich vor dem Hintergrund anderer Religionen entwickelt. Ich möchte als Europäer etwas dazu sagen: Das Christentum ist nicht von Europa aus gegangen, aber in Europa hat es die geschichtswirksamsten Kulturen und intellektuellen Ausprägungen gefunden, und deshalb bleibt es in einzigartiger Weise mit Europa verbunden, insbesondere, und darauf möchte ich Wert legen, mit dem Europa der Aufklärung. Europas Kultur hat ihre Wurzeln in der griechischen Philosophie mit ihren demokratischen Traditionen, im römischen Recht, im Christentum und vor allem und besonders in der Aufklärung. Die Europäer haben im Verlauf ihrer oft unvorstellbar leidvollen Geschichte die unschätzbar wichtige Erfahrung gemacht, dass ein Zusammenleben in Freiheit und gegenseitiger Achtung nur auf dem Fundament unumstößlicher und unantastbarer universaler Werte möglich ist. Wer sie achtet, bleibt uns willkommen. Wer eine andere Meinung hat und diese sogar gewalttätig vertritt, dem wird unsere Toleranz versagt. Er kann jederzeit die ihm durch unsere Verfassung garantierte Freiheit in Anspruch nehmen, unser Land wieder zu verlassen, am besten sofort!

Für unsere europäische Kultur und die daraus resultierenden Gesetze haben Millionen von Frauen und Männern auf diesem Kontinent in einem mehr als 3.000 Jahren währenden Prozess den Frieden und die Freiheit gesucht und gewollt. Und deshalb bleibt es dabei, dass wir als Europäer uns nicht Europa anpassen müssen, sondern die Migranten Europa. Jedes Land hat seine Sprache, auch wir in Deutschland, und unsere Sprache bleibt Deutsch.

Die Olympischen Spiele und die Fußball-Europameisterschaft haben wieder mal gezeigt, wie freudig die unterschiedlichen Menschen ihre Landsleute beim Gewinn einer Medaille feierten. Es war wohltuend und schaffte herzliche Anteilnahme, wenn man sah, mit welcher Natürlichkeit sie ihren Patriotismus weitab von jedwedem Nationalismus zeigten und damit jenen Stolz für ihr Vaterland verkörperten, den ich mir auch für Deutschland wünsche – ohne Anmaßung, doch mit Dank und Freude und vor allem mit Rückgrat!